

Kemptenberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kempten, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kempten 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streich usw. erfolgt jeder Anspuch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 5spaltige Fettschleife oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklameschleife 40 Pfg., Ausschlagsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für häufige Wiederholungen, sind besondere Abmachungen über durch Fernsprecher aufzugebender Anzeigen wird Einzelne Garantie übernommen. / Beilagsgebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kempten, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 2

Dienstag, den 7. Januar 1930

32. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 15. Januar 1930, 1/2 10 Uhr, solle im Stadthof Oppin

- 105 rm kiefernes Kollholz,
- 60 " Scheitholz,
- 30 " Buche und Eiche (Kollholz),
- 15 " Birke (Kollholz) und
- 30 Reifighäusen

(Durchforstung und Kahlschlag)

versteigert werden.

Sammelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin. Kempten, den 3. Januar 1930.

4) Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* In der Frage der Extraterritorialitätsrechte in China hat die Manjingregierung den Großmächtigsten trotz der großen Worte bedeutend nachgegeben.

* In der Geheimhaltung, die der Erfüllungserklärung im Haag letzte, verlässliche Stellen einen Vorstoß in der Kandidationsfrage, der aber von Curtius mit Unterstützung des Präsidenten Tschapar energisch zurückgewiesen wurde.

* Nach den Veröffentlichungen der Reichsbahnverwaltung haben sich die Erwartungen, die in das Zweifelhafte gestellt worden waren, erfüllt.

* Der Abschluß des Allindischen Kongresses zeigt, daß die Mehrheit der Teilnehmer gegen jegliches Patieren mit Engländern ist.

Das Handwerk an der Jahreswende.

Ans Kreisen des gewerblichen Mittelstandes geht uns folgendes Mittelteil zu, den wir im Interesse dieses Jahr gepulsten Zweiges unserer Volkswirtschaft gerne bringen, wenn wir auch nicht mit jeder Einzelheit uns ohne weiteres identifizieren möchten. Die Schriftleitung.

Das Jahr 1929 hat dem gewerblichen Mittelstand seine Befreiung seiner Verhältnisse gebracht. Wenn auch zu Beginn dieses Jahres die seit langem erhobene Forderung nach einer Handwerksnovelle der Gewerbeordnung erfüllt wurde, so dient die Neuordnung der gewerblichen Verhältnisse, die hiermit möglich wird, allenfalls einer auf lange Sicht betriebenen Mittelstands-politik; eine unmittelbare Auswirkung war von ihr nicht zu erwarten. Immerhin hat man sich beinahe das ganze Jahr über mit ihr beschäftigen müssen; denn nachdem dieses Geleß am 1. April in Kraft getreten war, war es Aufgabe sowohl der staatlichen Aufsichtsbehörde als auch der Handwerkskammern, die durch das Geleß notwendigen Veränderungen auf dem Gebiete der mittelständigen Organisation in der Praxis durchzuführen. Es handelte sich sowohl um die Umgestaltung des Rechtsrechts zu den Handwerkskammern, wie um deren Gleichstellung mit den Industrie- und Handelskammern, aber auch um die Neuregelung ihres Verhältnisses zur staatlichen Aufsicht. Eine Fülle von Verwaltungsanordnungen, Ausführungsanweisungen, Satzungen usw. mußte dabei umgestaltet werden, und es liegt auf der Hand, daß diese Arbeit von den Organen der Verwaltung nur in engstem Zusammenhang mit den berufständlichen Organisationen geleistet werden konnte. Dann kam die Aufstellung der Handwerksnovelle, für deren praktische Durchsührung ebenfalls eine Reihe juristischer und beratungsfähiger Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung durchgeführt werden mußten.

Das alles hat aber natürlich an der Härte der Verhältnisse, unter denen Handwerk und Einzelhandel in dem nunmehr zu Ende gehenden Jahr wirtschaften mußten, nichts ändern können. Das Jahr war unglücklich denn je. Die Härte der Verhältnisse zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit auf dem Gebiete der Betriebsmittelversorgung. Das Jahr brachte eine weitere Verknappung der ohnehin infolge des Rückgangs des reinen Personalkredits gering bemessenen Betriebskredite und die hohen Zinssätze nahmen in vielen Fällen den größten Teil der möglichen Verdienste weg, ließen in den meisten Fällen überhaupt ein Geschäft auskömmlos erscheinen. Eine besondere Sorge in diesem Zusammenhang bildet die Besteuerung, deren ungewöhnliche Härte natürlich durch die Verknappung der Betriebsmittelversorgung noch fühlbarer wird. Auch hier macht sich noch immer die Neigung in den Kreisen des Mittelstandes bemerkbar, Steuerumlagen und Steuererleichterungen als etwas der Auffassung des soliden Geschäftsmannes Überflüssiges anzusehen. Es herrscht zweifellos eine

gewisse Scheu, von den Rechtsmitteln Gebrauch zu machen, die unser Steuerrecht dem Einzelnen bietet. Es wird daher die Aufgabe der Berufsorganisation des Mittelstandes sein, durch weitestgehende Aufklärung und praktische Hilfe dafür zu sorgen, daß der gewerbliche Mittelstand in die Lage versetzt wird, die jedem Staatsbürger zustehenden Rechtsmittel zu benutzen.

Im übrigen hat aber auch die Wirtschaft- und Sozialpolitik einige Wege beschritten, die für das Handwerk und den Einzelhandel nicht ohne Gefahren sind. Das gilt sowohl hinsichtlich der neuerdings eifrig diskutierten Frage der parlamentarischen Umgestaltung der Handwerkskammern, eine Forderung, die den tatsächlichen Verhältnissen im Handwerk schon deshalb nicht gerecht wird, weil ungefähr zwei Drittel der selbständigen Handwerksbetriebe Kleinbetriebe sind. Auch das dem Gedanken der parlamentarischen Umgestaltung der Handwerkskammern weitestgehende Kegelgesetz. Eine ähnliche Frage von organisatorischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist die Regelung der Lehrlingsverhältnisse auf dem Wege über die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen. Dieses Jahr brachte besonders im Holzverarbeitungsbereich einen heftigen Kampf gegen diese Art der Bearbeitung der berufständlichen Interessen. Es wird notwendig sein, daß das Kegelgesetz im Hinblick auf die Richtung ergänzt wird, daß in Zukunft diese Lehrlingsverhältnisse der amtlichen Lohnpolitik auf Gebiete, deren Bedeutung weit über die Lohnfragen hinausgeht, unterbunden wird. Ebenfalls gibt das dem Reichstag vorliegende, in absehbarer Zeit allerdings wohl kaum zur Verabschiedung gelangende Arbeitschutzgesetz zu größten Bedenken Anlaß. Der Schematismus, der unserer amtlichen Sozialpolitik anhaftet und der vor allem infolge der rücksichtslosen Gleichstellung von Großbetrieb und Kleinbetrieb sich zu einer Gefahr für die letzteren ausbildet, die gar nicht ernst genug genommen werden kann, beherrscht auch diesen Gegenwert vollkommen. Es wird die Aufgabe derjenigen politischen Parteien, die es mit dem gewerblichen Mittelstand gut meinen, sein, Sorge zu tragen, daß in der parlamentarischen Erledigung dieses Gesetzes auf die Erstzinstbedürfnisse des gewerblichen Mittelstandes weitestgehende Rücksicht genommen wird. Eine Hoffnung, deren Erfüllung — wie die so vieler anderer — dem Jahre 1930 überfallen werden muß.

Es gibt keine Sanktionen!

Frankreichs Lastverweigerung.

Paris, 4. Januar.

Mit überzählendem, im Grunde aber in solchen Fällen geübtem Opportunismus äußert sich die französische Presse zu dem Beginn der Verhandlungen. Der „Temps“ begründet den Optimismus damit, daß die zweite Haager Konferenz im Gegensatz zur ersten sorgfältig vorbereitet wurde. Damals sei es unmöglich gewesen, eine Einigung zwischen den Gläubigerstaaten Deutschlands durchzusetzen. Alle Versuche wären an der Politik des englischen Kabinetts gescheitert.

In den letzten Tagen hat es dagegen der französische Ministerpräsident Tardieu verstanden, die Vertreter der alliierten Mächte zu einer Einheitsfront zusammenzuschweißen. Vor ihrem Willen werde Deutschland sich freiwillig in das Unabänderliche fügen müssen.

Auch auf die Regelung der Disputationsfrage werde die Haltung der Alliierten nicht ohne Einfluß bleiben. Ein besonders gutes Vorzeichen sei in dem Verbleiben der Schwadts zu erblicken. Sein Vorgehen gegen den deutschen Finanzminister Silberstein habe die schärfsten Beziehungen über keine Abstände für die zweite Haager Konferenz gemacht, doch habe die Reichsregierung mit der Ausschaltung Schwadts den Beweis erbracht, daß sie einer endgültigen Regelung nichts in den Weg legen wollte.

Der „Paris Soir“ erblickt in dem günstigen Verlauf der vorbereitenden Besprechungen zwischen Paris, London und Rom die Sicherheit dafür, daß unliebsame Zwischenfälle die Konferenz nicht stören werden. Die Verhandlungen würden weder sehr lang noch sehr schwierig sein und zu der Schlußregelung führen, die alle Welt erwarte.

Eine „Sanktionen“-formel wird gesucht.

Die in Paris begonnenen Besprechungen in der sogenannten Sanktionsfrage werden im Haag zum endgültigen Abschluß gebracht werden.

Es handelt sich lediglich darum, eine Formulierung für die nach dem Hauptplan bereits feststehende Tatsache zu finden, daß nach dem Vertragsinhalt dieses Planes von Sanktionen nicht mehr die Rede sein könne.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Regierung auf der zweiten Haager Konferenz entsprechend dem klaren Wortlaut und dem Geist des Monnauvans eine

bedeutende und nicht anders auszuführende Feststellung darüber erstellen muß, daß mit dem Abschluß der Aufgaben der Reparationskommission gegenüber Deutschland keinerlei Übertragung ihrer Befugnisse auf andere Organe stattfindet. Der Hauptplan kennt keine Sanktionsmaßnahmen. Jeder Gedanke an die Möglichkeit künftiger Sanktionen gegenüber Deutschland steht heute im unüberwindlichen Gegensatz zu der internationalen Regelung, die angebahnt wird, wie auch zu der gesamten internationalen Lage.

Der erste Tag im Haag.

Disputationsfrage im Vordergrund.

Haag, 4. Januar.

Die Reichsminister Curtius, Molkenbaur, Wirth und Schmidt sind hier eingetroffen. Die deutsche Abordnung umfaßt diesmal gegen 45 Personen. Der deutsche Botschafter Graf Jech war der Abordnung bis an die Grenze entgegengefahren. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhof der niederländischen Behörden und andere Vertreter der niederländischen Behörden eingefunden. Die deutsche Abordnung ist im Hotel Central abgeblieben.

Um 2.40 Uhr fand eine gefällige Zusammenkunft der sechs einundzwanzig Hauptmächte statt, in der die Tagesordnung und weitere Arbeiten der Konferenz festgelegt wurden. Um 5.40 Uhr wurde die Konferenz in einer öffentlichen Sitzung in Anwesenheit der Vertreter der 16 teilnehmenden Mächte, des Beobachters der Vereinigten Staaten und etwa 300 Vertretern der internationalen Presse mit einer Ansprache des Präsidenten Salpar eröffnet. Eine Teilung der Konferenz, wie im August in einem politischen und in einem wirtschaftlichen Ausschuss, ist diesmal nicht erfolgt. Dagegen sollen mehrere Interkommisssäre für die einzelnen zur Verhandlung stehenden Fragen wie Disputationsfragen, die für internationale Zahlungen, Sachleistungen usw. angelegt werden, die ihre Arbeiten unverzüglich aufnehmen werden.

Die Tagesordnung der Konferenz umfaßt in erster Linie die von dem Justizenausschuß in Brüssel festgestellten 13 noch ungelösten Punkte, unter denen für Deutschland die Sanktionsfrage im Vordergrund stehen dürfte.

Von französischer Seite verlangt die Reparationskommission eine gewisse Vorarbeit, der darauf hinausläufer, solle, daß die Befugnisse der Reparationskommission auf Feststellung deutscher Verfehlungen einem anderen Organismus, — sei es die Vergleichskommission des Locarno-Vertrages, sei es das Schiedsgericht des Hauptplanes — übertragen werden. Es sollen jedoch auch noch weitere formulierte Vorschläge vorliegen, die die Übertragung der Feststellungsbeugnisse der Reparationskommission auf andere Organismen als die bisher genannten zum Gegenstand haben.

Die für Deutschland wichtigsten politischen und finanziellen Fragen dürften erst zum Schluß der Konferenz zur Erörterung gelangen, da man auf französischer Seite den Disputationsfragen besonderes Schwergewicht beilegt. Diese dürften daher auch wohl zuerst in den Vordergrund gerückt werden. Man weiß auf französischer Seite daraus, daß eine Abweisung der Verhandlung des Haager Schlußprotokolls durch die Mächte der Kleinen Entente und Polen in der Frage der Disputationsfragen einen unheilbaren Zustand schaffen würde, und daß daher zunächst eine endgültige gemeinsame Vereinbarung für sämtliche Schuldnermächte unbedingt getroffen werden müsse.

Fühlungsname der Hauptdelegationen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat gegen 1.30 Uhr im Hotel „des Indes“ dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem Außenminister Briand einen kurzen Besuch abgestattet, der als Höflichkeitsschritt bezeichnet wird. Briand hat der englische Staatsminister Snowden eine kurze Unterredung mit Außenminister Briand gehabt. Es handelt sich hierbei um die übliche erste Fühlungsname, die jeder Konferenz vorherzugehen pflegt.

Haager Arbeitsmethode festgelegt.

Haag, 4. Januar. Die sechs sogenannten einladenden Mächte Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan waren zu einer privaten Besprechung zusammengetreten, in der endgültige Beschlüsse über die Arbeitsmethoden und den weiteren Verlauf der Konferenz gefaßt worden sind. Die vier deutschen Reichsminister nahmen an dieser Konferenz teil. Die formale Zustimmung der übrigen kleinen Mächte zu den gefaßten Beschlüssen erfolgte auf der öffentlichen Vollkonferenz. Der Vorstoß, auch die übrigen Organisationsausschüsse des Hauptplanes nach dem Haag zusammenzubringen, ist auf deutschen Wunsch abgelehnt worden, da in diesen Ausschüssen behandelten Fragen bereits zum großen Teil gefaßt seien. Ferner wollte man nicht den Eindruck einer neuen Verwässerung verschiedener Fragen auf dieser Konferenz erwecken. Als äußerster Schlichter der zweiten Haager Konferenz wird der 17. Januar angesehen, da der Generalsekretär der Haager Konferenz, Sir Maurice Sauten, gleichzeitig General-

Sonabend, den 11. Januar 1930, vormittags von 10 Uhr ab
verfeigere ich auf **Heinrich's Plan, Gnieff**, gegen Waare öffent-
lich meistbietend:

ca. 60 Stangenhaufen.

Bedingungen im Termin. Der Besizer.

Jeder

Gewerbetreibende u. Handwerker

benutzt mit Vorliebe die überall bekannte

**Gewerbliche Umsatz- u. Einkommensteuer-
Einbuch-Buchführung**

mit genauen Uebersichts- und Bilanztabellen

Preis je nach Stärke von 4.85 Rm. ab

Richard Arnold, Buchdruckerei

Günstige Gelegenheit!

Zündapp-Motorrad
250 ccm (6 PS) kostl. neuwertig,
1929 fabrikmäßig gekauft, in tadel-
losem Zustand sofort zu verkaufen.
Preis Rm. 450.—

Zündapp-Motorrad
300 ccm (8 PS) Baujahr 1929,
ca. 1000 km gelaufen, so gut wie
neu, sofort zu verkaufen. Preis
Rm. 600.—

Ernst Roming

Wittenberger Straße — Tel 242

Autofahrten

für Einzelpersonen
in geschlossenem Wagen, bei billigster
Berechnung führt aus

H. Meier, Dübener Str. 9
Telefon 218

Autofahrten

zu jeder

Tages- und Nachtzeit

Ernst Roming

Wittenberger Straße
Telefon 242

Stellen-Anzeigen

für den

**Personal-Anzeiger
des Daheim**

werden durch unsere Geschäft-
stelle Leipziger Straße 64 ohne
Spesenzuschlag vermittelt. Das
Publikum hat nur nötig, die
kleinen Anzeigen bei uns ab-
zugeben und die Gebühren zu
entrichten. Die Anzeigenpreise
des „Daheim“ sind im Vergleich
zur hohen, über ganz Deutsch-
land gehenden Auflage und der
zuverlässigen Inseratwirkung
niedrig; sie betragen gegen-
wärtig nur 1 M. für die Zeile
(= 7 Silben) bei Stellenan-
geboten und nur 75 Pf. bei
Stellengesuchen. • Wir em-
pfehlen, die Anzeigen frühzeitig
aufzugeben.

Kemberger Zeitung

Moderner, gut erhaltener

Kinderwagen

zu verkaufen

Schmidt, Wittenbergerneumarkt 15b

**Dienstag früh
frischen Schellfisch**
Paul Wierigsche, Burgstraße

Empfehle Dienstag
früh eintreffend
**frische grüne Heringe
frischen Schellfisch
Reinhold Hartmann,**
Delikatessengeschäft.

Empfehle morgen
Dienstag früh eintreffend
**frisch. Schellfisch
und
grüne Heringe**
Emma Reinecke

Knäcke-Brot

zu haben bei

Rudolf Huhn

Ein Würf

Ferkel

zu verkaufen

Wittenberger Neumarkt 11

Eine gute hochtragende

Leinetuh

sowie ein Abjastab

zu verkaufen

Louis Klages, Rotta

Ratskeller

Sonntag,
den 12. Januar,

Fastnachten.

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist

Vollst. schmerzlösendes
Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber
und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher
Zähne in Kautschuk, Gold u.
unwerten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten
und Stützähne.

Reparaturen werden schnell-
stens ausgeführt.

Suche zum 1. Februar ein fleißiges,
ehrliches, lauberes

Mädchen

Fr. Heym, Eisen u. Kurzwaren

Wer verkauft

Wohn- oder Geschäftshaus, Villa,
Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od.
sonst. Betrieb, auch Baugrund. Sof.
Angebote an F. Wilh. Varenthin,
Hamburg, Glockengießerwall 16.

Voranzeige!

Freundschaftsbund Gnieff veranstaltet
am Sonntag, den 19. Januar, einen

groß. MASKENBALL

Für die uns anlässlich unserer Verlobung erwiesenen
Glückwünsche sagen wir, zugleich im Namen unserer
Eltern, herzlichsten Dank.

Irmgard Weise
Kurt Pade

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ver-
starr nach längeren Leiden in Carlshof meine liebe
Frau, unsere gute Mutter und Schwester

Minna Ballmann

geb. Schmisch

im Alter von 46 Jahren.

Dies zeigt in tiefstem Schmerz an

Richard Ballmann nebst Kindern

Kemberg, den 6. Januar 1930

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr vom
Trauerhause aus statt.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr 203.

Gross. Inventur-Ausverkauf

**Wir
brauchen
Platz!**

Raus mit unseren Restbeständen!

Wir verkaufen unsere bekannt guten Qualitäten zu be-
deutend herabgesetzten Preisen. Die Preise sind so niedrig
gestellt, daß niemand unser Geschäft unbefriedigt verläßt

Schuhhaus August Hoffmann

Wittenberg, Collegienstraße 89

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige, Reklameweile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für reichliche Wiederholungen gesondert beschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 2

Dienstag, den 7. Januar 1930

32. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 15. Januar 1930, 1/2 10 Uhr, (siehe im Stadtfort) Oppin

- 105 rm kiefernes Kollholz,
 - 60 " Scheitholz,
 - 30 " Buche und Eiche (Kollholz),
 - 15 " Birke (Kollholz) und
 - 30 Reifighaufen
- (Durchforstung und Kahlschlag)

versteigert werden.

Sammelort: Forsthaus. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 3. Januar 1930.

4) Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* In der Frage der Exterritorialitätsrechte in China hat die Kantingregierung den Großmächtigen trotz der großen Worte Bedeutung nachgegeben.

* In der Geheimhaltung, die der Öffnungsfeststellung im Haag folgt, verleiht die Botschaft in der Verhandlungsfrage, der aber von Curtius mit Unterstützung des Präsidenten Isapan energisch zurückgewiesen wurde.

* Nach den Veröffentlichungen der Reichsbahnverwaltung haben sich die Erwartungen, die in das Zweifelsjahr gestellt worden waren, erfüllt.

* Der Abschluß des Allindischen Kongresses zeigt, daß die Mehrheit der Teilnehmer gegen jegliches Pattieren mit England ist.

Das Handwerk an der Jahreswende.

Aus Kreisen des gewerblichen Mittelstandes geht uns folgender Artikel zu, den wir im Interesse dieses hart gepöbelten Zweiges unserer Volkswirtschaft gerne bringen, wenn wir auch nicht mit jeder Einzelheit aus einem weiteren identifizieren möchten. Die Schriftleitung.

Das Jahr 1929 hat dem gewerblichen Mittelstand keine Besserung seiner Verhältnisse gebracht. Wenn auch zu Beginn dieses Jahres die seit langem erhobene Forderung nach einer Handwerksmonelle der Gewerbeordnung erfüllt wurde, so bietet die Neuordnung der gewerblichen Verhältnisse, die hiermit möglich wird, allenfalls einer auf lange Sicht betriebenen Mittelstandspolitik; eine unmittelbare Auswirkung war von ihr nicht zu erwarten. Immerhin hat man sich beinahe das ganze Jahr über mit ihr beschäftigt müssen; denn nachdem dieses Geleß am 1. April in Kraft getreten war, war es Aufgabe sowohl der staatlichen Aufsichtsbehörde als auch der Handwerkskammern, die durch das Geleß notwendigen Änderungen auf dem Gebiete der mittelständigen Organisation in der Praxis durchzuführen. Es handelte sich sowohl um die Umgestaltung des Rechtsrechts zu den Handwerkskammern, wie um deren Gleichstellung mit den Industrie- und Handelskammern, aber auch um die Neuordnung ihres Verhältnisses zur staatlichen Aufsicht. Eine Fülle von Verwaltungsanordnungen, Ausführungsanweisungen, Satzungen usw. mußte dabei umgestaltet werden, und es liegt auf der Hand, daß diese Arbeit von den Organen der Verwaltung nur in engstem Zusammenhang mit den beruflichen Organisationen geleistet werden konnte. Dann kam die Aufhebung der Handwerksmonelle, für deren praktische Durchführung ebenfalls eine Reihe juristischer und beratungsfähiger Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung durchgeführt werden mußten.

Das alles hat aber natürlich an der Härte der Verhältnisse, unter denen Handwerk und Einzelhandel in dem nunmehr zu Ende gehenden Jahr wirtschaften mußten, nichts ändern können. Das Jahr war ungünstiger denn je. Die Härte der Verhältnisse zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit auf dem Gebiete der Betriebsmittelversorgung. Das Jahr brachte eine weitere Verknappung der ohnehin infolge des Rückgangs des reinen Personalkredits gering bemessenen Betriebskredite und die hohen Zinssätze nahmen in vielen Fällen den größten Teil der möglichen Verdienste weg, ließen in den meisten Fällen überhaupt ein Geschäft auskömmlos erscheinen. Eine besondere Sorge in diesem Zusammenhang bildet die Besteuerung, deren ungewöhnliche Härte natürlich durch die Verknappung der Betriebsmittelversorgung noch fühlbarer wird. Auch hier macht sich noch immer die Neigung in den Kreisen des Mittelstandes bemerkbar, Steuerbindungen und Steuererleichterungen als etwas der Auffassung des soliden Geschäftsmannes Widerstrebendes anzusehen. Es herrscht zweifellos eine

gewisse Scheu, von den Rechtsmitteln Gebrauch zu machen, die unter Steuerrecht dem Einzelnen bietet. Es wird daher die Aufgabe der Berufsorganisation des Mittelstandes sein, durch weitestgehende Aufklärung und praktische Hilfe dafür zu sorgen, daß der gewerbliche Mittelstand in die Lage versetzt wird, die jedem Staatsbürger zuteilgehenden Rechtsmittel zu benutzen.

Im übrigen hat aber auch die Wirtschaft- und Sozialpolitik einige Wege bestritten, die für das Handwerk und den Einzelhandel nicht ohne Gefahren sind. Das gilt sowohl hinsichtlich der neuerdings eifrig diskutierten Frage der paritätischen Umgestaltung der Handwerkskammern, eine Forderung, die den tatsächlichen Verhältnissen im Handwerk schon deshalb nicht gerecht wird, weil ungefähr zwei Drittel der selbständigen Handwerksbetriebe Kleinbetriebe sind. Auch das dem Reichstag zugegangene Berufsausbildungsgeleß macht dem Gedanken der paritätischen Umgestaltung der Handwerkskammern weitestgehende Konzeption. Eine ähnliche Frage von organisatorischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist die Regelung der Lehrlingsverhältnisse auf dem Wege über die Verbindlichkeitsklärung von



berufen würde. Zudem ist es unmöglich gewesen, eine Einigung zwischen den Gläubigerstaaten Deutschlands durchzusetzen. Alle Versuche wären an der Politik des englischen Kabinetts gescheitert.

In den letzten Tagen hat es dagegen der französische Ministerpräsident Tardieu verstanden, die Vertreter der alliierten Mächte zu einer Einheitsfront zusammenzuschweißen. Vor ihrem Willen werden Deutschland sich freiwillig in das Unabhängigkeits fügen müssen.

Auch auf die Regelung der Disputationsfrage werde die Haltung der Alliierten nicht ohne Einfluß bleiben. Ein besonders gutes Vorzeichen sei in dem Fernbleiben Dr. Schachts zu erblicken. Sein Vorgehen gegen den deutschen Finanzminister Silberding habe die schlimmsten Behauptungen über seine Absichten für die zweite Haager Konferenz gemacht, doch habe die Reichsregierung mit der Ausfaltung Schachts den Beweis erbracht, daß sie einer endgültigen Regelung nichts in den Weg legen wollte.

Der „Paris Soir“ erklart in dem günstigen Verlauf der vorbereitenden Besprechungen zwischen Paris, London und Rom die Sicherheit dafür, daß unliebsame Zwischenfälle die Konferenz nicht stören werden. Die Verhandlungen würden weder sehr lang noch sehr schwierig sein und zu der Schlußregelung führen, die alle Welt erpöbe.

Eine „Santionsformel“ wird gesucht.

Die in Paris begonnenen Besprechungen in der sogenannten Santionsfrage werden im Haag zum endgültigen Abschluß gebracht werden.

Es handelt sich lediglich darum, eine Formulierung für die nach dem Youngplan bereits feststehende Tatsache zu finden, daß nach dem Inhalt dieses Planes von Santionen nicht mehr die Rede sein könne.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Regierung auf der zweiten Haager Konferenz entsprechend dem klaren Wortlaut und dem Geist des Youngplans eine

eindeutige und nicht anders auszuführende Feststellung darüber erreichen muß, daß mit dem Aufhören der Aufgaben der Reparationskommission gegenüber Deutschland keinerlei Übertragung ihrer Befugnisse auf andere Organe stattfindet. Der Youngplan kennt keine Santionsmaßnahmen, jeder Gedanke an die Möglichkeit künftiger Santionen gegenüber Deutschland steht heute im unüberwindlichen Gegensatz zu der internationalen Regelung, die angeht wird, wie auch zu der gesamten internationalen Lage.

Der erste Tag im Haag.

Disputation im Vorbergang.

4. Haag, 4. Januar.

Die Reichsminister Curtius, Molkenbaur, Wittich und Schmidt sind hier eingetroffen. Die deutsche Abordnung umfaßt diesmal gegen 45 Personen. Der deutsche Botschafter Graf Jech war der Abordnung bis an die Grenze entgegengefahren. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhof der niederländischen Außenminister und andere Vertreter der niederländischen Behörden eingefunden. Die deutsche Abordnung ist im Hotel Central abgeblieben.

Um 2.40 Uhr fand eine gefestigte Zusammenkunft der sechs einladenden Hauptmächte statt, in der die Tagesordnung und weitere Arbeiten der Konferenz festgelegt wurden. Um 5.40 Uhr wurde die Konferenz in einer öffentlichen Sitzung in Anwesenheit der Vertreter der 16 teilnehmenden Mächte, des Beobachters der Vereinigten Staaten und etwa 300 Vertretern der internationalen Presse mit einer Ansprache des Präsidenten Salpar eröffnet. Eine Teilung der Konferenz, wie im August in einem politischen und in einem wirtschaftlichen Ausschuss, ist diesmal nicht erfolgt. Dagegen sollen mehrere Interzessionsfälle für die einzelnen zur Verhandlung stehenden Fragen wie Disputationen, Sant für Internationale Zahlungen, Sachleistungen usw. angelegt werden, die ihre Arbeiten unverzüglich aufnehmen werden.

Die Tagesordnung der Konferenz umfaßt in erster Linie die von dem Justizenausschuss in Brüssel festgestellten 13 noch ungelösten Punkte, unter denen für Deutschland die Santionsfrage im Vorbergang stehen dürfte.

Von französischer Seite verlaßt die Reparationskommission aber einen Restfall unangeordnet, der darauf hinauslaufen sollte, daß die Befugnisse der Reparationskommission auf Feststellung deutscher Verfehlungen einem anderen Organismus, — sei es die Vergleichskommission des Socarno-Vertrages, sei es das Schiedsgericht des Youngplans — übertragen werden. Es sollen jedoch auch noch weitere formulierte Vorschläge vorliegen, die die Übertragung der Feststellungsbeugnisse der Reparationskommission auf andere Organismen als die bisher genannten zum Gegenstand haben.

Die für Deutschland wichtigsten politischen und finanziellen Fragen dürften erst zum Schluß der Konferenz zur Erörterung gelangen, da man auf französischer Seite den Disputationen besonderes Schwergewicht beilegt. Diese dürften daher auch wohl fast in den Vorbergang gerückt werden. Man weiß auf französischer Seite davon hin, daß eine Ablehnung der Übertragung des Saager Schlußprotokolls durch die Mächte der Kleinen Entente und Polen in der Frage der Disputationen einen unheilbaren Zustand schaffen würde, und daß daher zunächst eine endgültige gemeinsame Vereinbarung für sämtliche Schuldnermächte unbedingt getroffen werden müsse.

Fühlungsnahme der Hauptdelegierten.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat gegen 1.30 Uhr im Hotel „des Indes“ dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem Außenminister Briand einen kurzen Besuch abgestattet, der als Höflichkeitsschick bezeichnet wird. Briand hat der englische Botschafter Snowden eine kurze Unterredung mit Außenminister Briand gehabt. Es handelt sich hierbei um die übliche erste Fühlungsnahme, die jeder Konferenz vorherzugehen pflegt.

Saager Arbeitsmethode festgelegt.

Haag, 4. Januar. Die sechs sogenannten einladenden Mächte Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan waren zu einer privaten Besprechung zusammengetreten, in der endgültige Beschlüsse über die Arbeitsmethode und den weiteren Verlauf der Konferenz gefaßt worden sind. Die vier deutschen Reichsminister nahmen an dieser Konferenz teil. Die formale Zustimmung der übrigen zehn kleinen Mächte zu den gefaßten Beschlüssen erfolgte auf der öffentlichen Vollkonferenz. Der Vorschlag, auch die übrigen Organisationsausschüsse des Youngplans nach dem Haag zusammenzubringen, ist auf deutschen Wunsch abgelehnt worden, da die in diesem Ausschüssen behandelten Fragen bereits zum großen Teil geklärt seien. Briand wollte man nicht den Eindruck einer neuen Verärgerung verschiedener Fragen auf dieser Konferenz erwecken. Als äußerster Schlußtag der zweiten Saager Konferenz wird der 17. Januar angegeben, da der Generaldirektor der Saager Konferenz, Sir Maurice Hanley, gleichzeitig General-